

GRUNDSATZPROGRAMM

der Ökologisch-Demokratischen Partei



Inhalt

- 4 **Editorial**
- 6 **Die gegenwärtige Politik**
- 8 **Das Fundament der ÖDP**
 - 8 Menschenbild
 - 9 Goldene Regel der Politik
 - 9 Natürliche Lebensgrundlagen schützen und erhalten
 - 10 Tiere schützen
- 11 **Bindung und Bildung**
 - 11 Bindung
 - 13 Bildung
- 16 **Wohlstand ohne Wachstumszwang**
 - 16 Mehr Lebensqualität
 - 16 Wirtschaftsform ohne Zwang zu ständigem Wachstum (Postwachstumsökonomie)
 - 17 Gemeinwohlstreben durch Gemeinwohlsbilanzen
 - 17 Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft
 - 18 Arbeit
 - 18 Klare wirtschaftliche Rahmenbedingungen
 - 19 Finanzen und Geldwirtschaft
 - 19 Steuersystem
 - 20 Rohstoffe schonen
 - 20 Energie- und Ressourcenverbrauch
 - 21 Wasserverbrauch und CO₂-Ausstoß transparent machen
 - 21 Mobilität nachhaltig und sinnvoll gestalten
 - 22 Landwirtschaft naturverträglich und existenzsichernd
 - 23 Agro-Gentechnik verbieten und Pestizide vermeiden

24 Soziale Gerechtigkeit

- 24 Gesellschaft und Staat
- 24 Mindestlohn
- 25 Pflegegehalt
- 25 Soziale Leistungen für Nicht-Erwerbstätige
- 26 Generationengerechtigkeit
- 26 Behindertengerechte Gesellschaft
- 26 Gesundheit
- 27 Sterbebegleitung
- 27 Soziale Gerechtigkeit weltweit

29 Lebendige Demokratie

- 29 Bekenntnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat
- 29 Unabhängige Politik bei der Mandatsausübung
- 30 Transparenz und direkte Demokratie
- 30 Direktwahlen auf allen Ebenen einführen
- 30 Städte und Gemeinden als Basis der Demokratie
- 31 Wahlrecht reformieren
- 31 Politische Kultur
- 31 Keine Privatisierung hoheitlicher Aufgaben
- 32 Für Innere Sicherheit sorgen
- 32 Internet und Persönlichkeitsschutz
- 32 Medien
- 33 Kunst, Kultur und Sport
- 33 Demokratie und Integration
- 33 Europa
- 34 EU-Verfassung und -Verträge
- 34 Europäisches Parlament
- 34 Deutschland in der „einen Welt“
- 35 Partnerschaftliche Ziele in der „einen Welt“

35 Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten

- 27 Einmischen und Mitmachen

Liebe Leserin, lieber Leser,

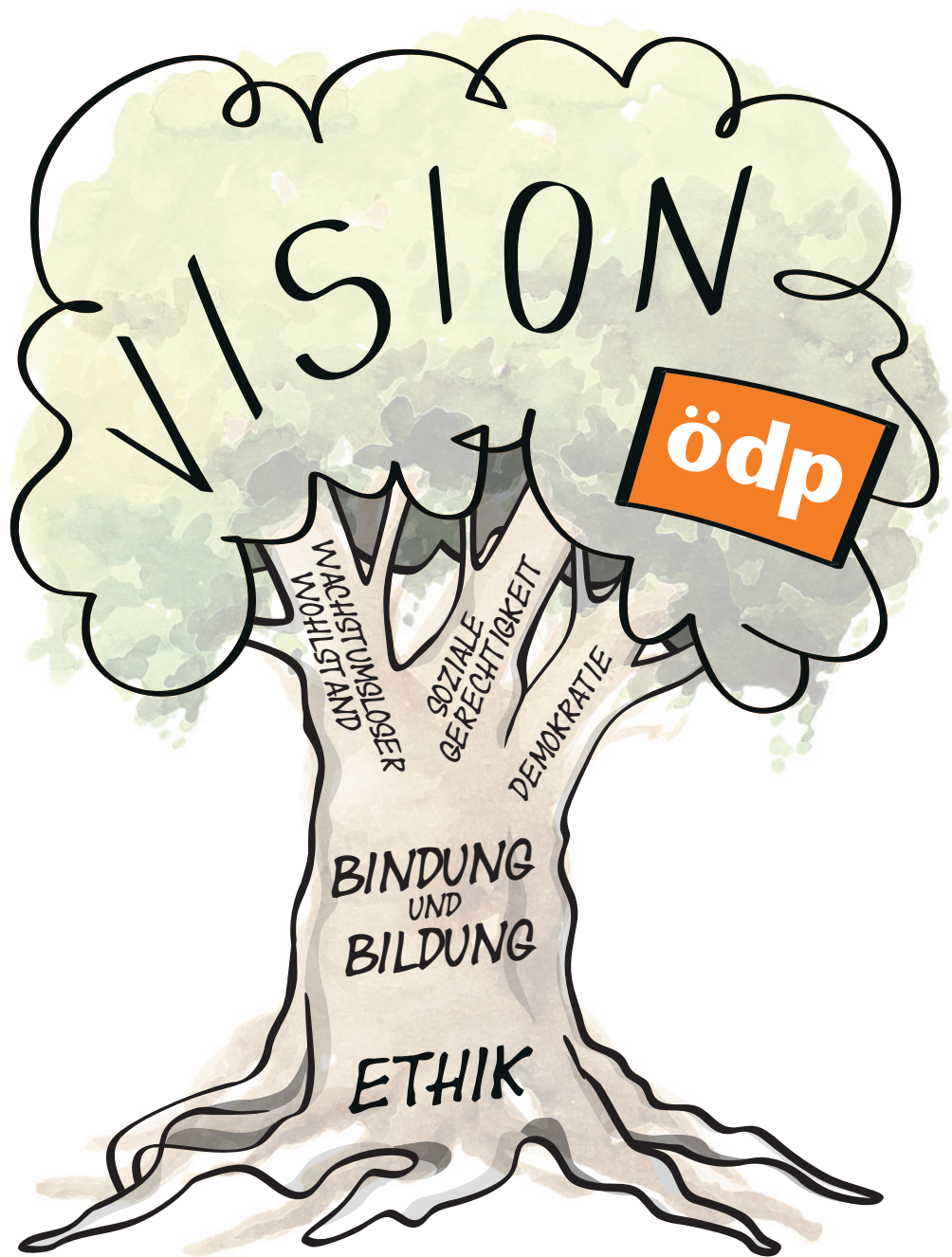
an den Anfang unseres Grundsatzprogramms haben wir einen Baum gestellt. Er symbolisiert unsere Grundüberzeugungen. Als Menschen, die in einer Ethik verwurzelt sind, die alles Leben achtet, wollen wir auch die Probleme unseres Landes von der Wurzel her angehen. Wie ein fest verwurzelter, starker Baum lassen wir uns nicht von modischen Strömungen treiben. Unser Baum kann wachsen und gute Früchte tragen.

Die Wurzel des Baumes ist die Achtung vor dem Leben. Den Stamm bilden die Bindung, also die Familienpolitik, und die Bildung. Aus diesem Stamm erwachsen die drei kräftigen Äste: der Wohlstand ohne Wachstumszwang, die soziale Gerechtigkeit und die lebendige Demokratie.

Dieser Baum soll Früchte hervorbringen und allen Lebewesen einen vielfältigen Lebensraum bieten. Dafür steht die Krone.

Ein kleiner Überblick

- *Die ÖDP ist der Überzeugung, dass unsere begrenzte Erde kein grenzenloses Wachstum verträgt.*
- *Wir glauben, dass Leben in all seinen Ausprägungen – Pflanzen, Tiere, Menschen – heilig und damit schützenswert ist.*
- *Wir verstehen Bildung nicht nur als den Erwerb von nützlichen Kenntnissen und Fertigkeiten, sondern meinen, dass Bildung den ganzen Menschen, Herz und Verstand, Körper und Geist, formen muss.*
- *Wir sind davon überzeugt, dass eine Wirtschaft nur dann zukunftsfähig ist, wenn sie ihre ökologischen Grundlagen beachtet und dem Gemeinwohl verpflichtet ist, statt auf maximalen Profit und Überflügeln der Konkurrenz zu setzen.*
- *Wir treten dafür ein, dass das Streben nach sozialer Gerechtigkeit das politische Handeln bestimmt, und fordern eine Stärkung der Familie durch ein Erziehungsgehalt und einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn.*
- *Wir wollen eine Stärkung unserer Demokratie, befürworten Volksentscheide auf allen Ebenen und fordern ein Verbot von Parteispenden durch Unternehmen.*



Gegenwartig und Zukunft

Die gegenwärtige Politik

Die gegenwärtige Politik ist vom Streben nach grenzenlosem Wachstum geprägt. Sämtliche etablierten Parteien haben dieses Ziel in ihrem Programm festgeschrieben, bestenfalls dahingehend abgeändert, dass es „grün“ sein soll. Auf diese Weise versuchen sie den materiellen Wohlstand der Bürger dauerhaft zu sichern. Dabei übersehen sie, dass ständiges Wachstum unmöglich ist. Eine Politik, die in den Jahrzehnten des Aufbaus der Nachkriegszeit verständlich war, wird dauerhaft weitergeführt. Dabei treten die Schattenseiten des ständigen Wachstumsstrebens immer deutlicher zutage:

- Nicht erneuerbare Rohstoffe werden rasch verbraucht und die Umwelt verschmutzt. Das Klima erwärmt sich in einem beängstigenden Maße und Lebensräume von Menschen, Tieren und Pflanzen werden unwiederbringlich zerstört. Das führt dazu, dass Jahr für Jahr eine Vielzahl an Tieren und Pflanzen ausstirbt. Aufgrund des zunehmenden Verkehrs werden ständig neue Straßen gebaut. Die Kosten für Neubau und Unterhalt der Verkehrsinfrastruktur geraten aus dem Ruder. Statt in Bildung wird in Asphalt investiert.
- Konzerne nehmen unverhohlen auf Politiker und Gesetzgebung Einfluss. Dies wird dadurch begünstigt, dass zahlreiche Politiker in Aufsichtsräten sitzen und Beraterverträge innehaben. Hinzu kommt, dass Spenden von Konzernen in hohem Maße zur Finanzierung der Parteien beitragen. So sind politische Entscheidungsträger heute vielfach mächtigen Lobbyisten und deren kurzfristigen Interessen verpflichtet. Darunter leiden die Glaubwürdigkeit, die Sachorientierung und die Zukunftsfähigkeit der demokratischen Institutionen.
- Aufgrund zunehmender Belastungen im Erwerbsleben und oftmals unsicherer Arbeitsbedingungen fällt es vielen Menschen schwer, das Berufs- und Familienleben miteinander in Einklang zu bringen. Angesichts der Doppelbelastung und der mangelnden Anerkennung der Familienarbeit sehen viele Eltern nur noch in einer möglichst frühzeitigen öffentlichen Kinderbetreuung einen Ausweg. Dadurch entsteht der Eindruck, als sei häusliche Erziehungsarbeit von den Eltern nicht mehr gewünscht. Diese Entwicklung wird durch den hohen Bedarf der Unternehmen an Fachkräften verstärkt. Die Folge ist eine einseitige finanzielle Förderung öffentlicher Kindererziehungseinrichtungen, was wiederum hohe Kosten verursacht.

Foto: Florence von Bodisco



- Zwar haben die Geldvermögen und der materielle Wohlstand in den Industrienationen einen historischen Höchststand erreicht, doch sind Vermögen und Wohlstand ungleich verteilt. Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. Insbesondere Familien und Kinder sind von Armut betroffen.

Immer mehr Menschen wird bewusst, dass die einseitig materialistische, auf ständiges Wirtschaftswachstum ausgerichtete Politik keine Zukunft hat. Sie suchen nach einem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das statt an kurzfristiger Gewinnmaximierung an dem Gemeinwohl orientiert ist und Wohlstand nicht nur materiell definiert. Diesen Menschen bietet die ÖDP eine Heimat.

Wurzeln des Handelns

Das Fundament der ÖDP

Fest verankerte Wurzeln sind für die ÖDP die Ethik und das daraus erwachsende Menschenbild. Durch ganzheitliches Denken und gemeinschaftliches Handeln will die ÖDP verantwortungsvolle Lösungen für eine langfristig lebensfreundliche Welt erreichen. Zum Welt- und Menschenbild der ÖDP gehört die Erkenntnis, dass der Mensch eingebunden ist in die Gesamtzusammenhänge des Lebens auf dieser Erde und so dazu beitragen muss, seiner persönlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Die ÖDP stellt sich den drängenden Herausforderungen unserer Zeit: dem fortschreitenden Klimawandel, dem krisenhaften ökonomischen Wandel, den gesellschaftlichen, kulturellen und ethischen Umbrüchen und nicht zuletzt den damit einhergehenden veränderten Anforderungen an die Menschen.

Achtung vor dem Leben

Die gesamte Politik der ÖDP ist von der Achtung vor dem Leben geprägt. Sie stellt die Wurzel des Baumes dar, die den gesamten Baum speist. Aus dieser Achtung heraus sind wir bestrebt, die Lebensgrundlagen aller Lebewesen – von vielen als Schöpfung verstanden – zu erhalten. Dies ist unser übergeordnetes Ziel, aus dem wir die Kraft und die Kreativität für unseren politischen Einsatz schöpfen.

Menschenbild

Das Menschenbild der ÖDP ruht auf christlich-humanistischen Werten. Insbesondere auf den Prinzipien der Toleranz, der Gewaltfreiheit, der Gewissens- und Meinungsfreiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität.

Aus diesem Selbstverständnis heraus sind wir in der ÖDP offen für Menschen verschiedener Religionen und Weltanschauungen. Diese Werte sind grundlegend für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben der Menschen. Die ÖDP erkennt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen an und setzt sich entschlossen für die Achtung und Einhaltung der Menschenrechte ein.



GOLDENE REGEL DER ÖDP-POLITIK

Der oberste Grundsatz unseres politischen Handelns ist, dass wir nicht nur an uns selbst denken, sondern auch solidarisch an alle Menschen auf diesem Planeten und an die zukünftigen Generationen.

Darüber hinaus sind wir uns bewusst, dass wir in die belebte und unbelebte Natur um uns herum eingebettet sind und für sie Verantwortung haben.

Das politische Programm der ÖDP leitet sich von diesem ethischen Grundsatz ab. Wir überprüfen alle unsere Forderungen und Handlungsweisen auf der Grundlage dieser Aspekte. Jede Programmaussage und Forderung der ÖDP auch außerhalb dieses Grundsatzprogramms soll von dieser „Goldenen Regel“ abgeleitet werden können.

Natürliche Lebensgrundlagen schützen und erhalten

Jeder Mensch weltweit hat ein Recht auf den Schutz seiner natürlichen Lebensgrundlagen (sauberes Wasser, reine Luft, intakter Boden). Diese ökologischen Menschenrechte gilt es um ihrer selbst willen und für heutige und für kommende Generationen zu bewahren und unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die ÖDP fordert die Aufwertung der Staatsziele Umweltschutz und Tierschutz im Grundgesetz zu einklagbaren Grundrechten.



Foto: Timvo / photocase.com

Die ÖDP ist bestrebt, die bewundernswerte Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten zu bewahren. Dazu ist es notwendig, die von der Zerstörung und Zerschneidung bedrohten Lebensräume zu erhalten und bereits zerstörte oder zerschnittene Lebensräume wieder herzustellen. Dabei sind isolierte Naturschutzgebiete zu vernetzen. Wertvolle natürliche und naturbelassene Freiflächen dürfen nicht überbaut werden, zukünftige Flächenentwicklungen müssen auf industriellen Brachflächen oder anderen Konversionsflächen erfolgen. Die ÖDP setzt sich deshalb für ein bundeseinheitliches Bodenversiegelungsmoratorium ein. Sie bekennt sich dazu, auf wirtschaftliche Aktivitäten zu verzichten, wenn dies der Artenschutz und der Schutz der Lebensgrundlagen, die übergeordnet sind, erfordern.

Für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sind verstärkte Anstrengungen beim Klimaschutz erforderlich. Um die Erderwärmung wirksam begrenzen zu können, müssen der Energie- und Ressourcenverbrauch verringert werden.

Tiere schützen

Die Achtung vor dem Leben gebietet einen respektvollen Umgang mit den Tieren, unseren Mitgeschöpfen. Ein solcher Umgang schließt Quälerei und Missbrauch aus. Das in seiner Leidensfähigkeit dem Menschen nahestehende Tier hat ein Recht auf artgerechte Haltung. Intensiv- und Massentierhaltung sind ebenso wenig artgerecht wie qualvolle Tiertransporte und sollen verboten werden. Wenn dadurch Fleisch teurer würde und der Fleischkonsum zurückginge, so würde das nicht nur der menschlichen Gesundheit dienen, sondern auch dem Tier-, Klima- und Umweltschutz, sowie zur Bekämpfung des Welthungers beitragen. Alle physisch und psychisch leidvollen Experimente an Tieren sind außerhalb des medizinisch-pharmazeutischen Bereichs zu verbieten. Auch in Medizin und Pharmazie muss durch die Entwicklung und Erforschung von Ersatzmethoden die Zahl der Tierversuche auf ein möglichst niedriges Niveau gesenkt werden.

Auf den Grundstein kommt es an

Bindung und Bildung

Bindung

Nach Ansicht der ÖDP stellen die Bindung und die Bildung die beiden entscheidenden Grundlagen für die Stabilität der Gesellschaft und der Wirtschaft dar, weshalb sie den Stamm des Baumes bilden. Dabei geht die Bindung der Bildung voraus. So wie es keine gute Erziehung ohne Beziehung gibt, gibt es auch keine gute Bildung ohne Bindung. Bildung wird getragen von Nähe, Aufmerksamkeit, Zuneigung, Zutrauen und Neugier.

Beziehung als Voraussetzung für Bildung

In den ersten Lebensjahren geht es darum, dass Kinder eine liebevolle, vertrauensvolle und verlässliche Beziehung zu ihren Eltern sowie anderen Erwachsenen erfahren. Kinder, die in Geborgenheit eine solche Beziehung erfahren haben, können sich mit Grundvertrauen auf die große, weite Welt einlassen. Eine solche Offenheit ermöglicht schließlich nachhaltiges Lernen.

Die Familie als Ort der Geborgenheit

Die Familie ist für die ÖDP die bewährteste Lebensform, in deren Geborgenheit der Mensch die ersten Jahre verbringt. Dabei ist Familie überall dort, wo Eltern, Großeltern oder Verwandte für Kinder und Kinder für Eltern, Großeltern und Verwandte dauerhaft Verantwortung tragen. Der Begriff umfasst somit alle Generationen und auch Alleinerziehende. Die Familie ist die grundlegendste Lebensform in unserer Gesellschaft, in der der junge Mensch beginnt, sein eigenes Leben bewusst zu gestalten, und die sein späteres Verhalten als Erwachsener wesentlich prägen wird. Das Leitbild der aus der Ehe eines Mannes und einer Frau gegründeten Familie schließt nicht aus, andere Formen verbindlicher Lebensgestaltung rechtlich anzuerkennen und abzusichern.

Mehr Gerechtigkeit für Eltern und Familien

Die ÖDP greift das Jahrzehnte lang herrschende und sich verstärkende System der Ungerechtigkeit gegenüber Eltern und Kindern an und wehrt sich vehement gegen die zunehmende Diskriminierung familiärer Erziehungsarbeit. Es geht uns nicht um Bevölkerungspolitik: Die freie Wahl, ob man Kinder haben will

und wie viele es sein sollen, bleibt eines der zentralen Persönlichkeitsrechte erwachsener Menschen. Solange aber das Sozialsystem als sogenannter Generationenvertrag konstruiert ist, muss die materielle Last der Kindererziehung gerecht zwischen den Eltern und der Gesellschaft aufgeteilt werden. Dies ist heute nicht der Fall: Wer sich ganz oder teilweise der familiären Kindererziehung widmet, hat in aller Regel Einkommenseinbußen, höhere Kosten und letztlich sogar noch eine reduzierte Rente in Kauf zu nehmen. Bisherige familienpolitische Maßnahmen haben auch nicht annähernd eine gerechte Lastenverteilung zwischen Männern und Frauen, zwischen Kindererziehenden und Kinderlosen bewirkt. Das ist insofern bedenklich, als gemäß dem Generationenvertrag, einem der Grundbausteine unserer Gesellschaft, Alterssicherung immer abhängig von vorangegangener Kinder- und Jugendsicherung ist.

Jede staatliche Rollenzuweisung im Hinblick auf die Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit in Ehe und Partnerschaft widerspricht dem vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Leitsatz unseres Grundgesetzes, nach dem die innerfamiliäre Aufgabenverteilung zur grundgesetzlich geschützten Privatsphäre gehört.

Eine staatliche Einflussnahme durch einseitige finanzielle Förderung einer Betreuungsart für Kinder bis zum 3. Lebensjahr ist als Bevormundung der Eltern abzulehnen. Sie ist mit dem Gleichheitssatz nach Art. 3 GG nicht vereinbar. Eingriffe des Staates sind nur bei Gefährdung des Kindeswohls gerechtfertigt.

Erziehungsgehalt

Erziehung, Betreuung, Versorgung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen müssen in finanzieller Hinsicht von der ganzen Gesellschaft getragen werden, so wie die nachwachsende Generation die Versorgung und Betreuung der Generation der Ruheständler trägt. Wir wollen ein steuer- und sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt als angemessenes Einkommen für Eltern. Dadurch bekommen sie echte Wahlfreiheit, ob sie ihre Kinder ganz oder teilweise selbst zu Hause betreuen möchten oder in Kinderbetreuungseinrichtungen (z.B. Krippe, Hort) mit anteiliger Abführung ihres Erziehungsgehalts. Wir stehen für Verbesserung von Teilzeitarbeit für Eltern und von Betreuungsangeboten in vorschulischen und schulischen Einrichtungen. Das Erziehungsgehalt wird zu Einsparungen bei bisherigen Transferleistungen, insbesondere an Alleinerziehende oder an Mehrkinder-Familien führen (ALG I, ALG II, Wohngeld). Das Erziehungsgehalt wird ebenso die Diskriminierung von kinderreichen Familien und von Eltern in der Ausbildung bei der Bemessung des bisherigen Elterngeldes beenden.



Schutz des Ungeborenen

Lebensschutz ist für uns ein umfassendes Ziel, das auch die Ungeborenen einbezieht. Die Eltern sollen durch das Erziehungsgehalt und eine umfassende Schwangerschaftsberatung zur Fortsetzung der Schwangerschaft ermutigt werden. Eine gerechte Familienpolitik ist daher auch eine wesentliche Voraussetzung für den ethisch gebotenen wirksamen Schutz des ungeborenen Lebens. Dies ermöglicht erst Familien und Müttern, ohne Angst vor gravierenden Nachteilen ein Kind anzunehmen und aufzuziehen.

Klonen und Eingriffe in die menschliche Keimbahn sind mit der Würde des Menschen nicht vereinbar und daher zu verbieten.

Bildung

Bildung als lebenslanger Prozess

Gute Bildung – ein lebenslanger, nie abgeschlossener Prozess – ist ebenso wie die Bindung Voraussetzung für das Gelingen einer Gesellschaft und von daher eine sinnvolle und dringend nötige Investition in unsere Zukunft. Wirkliche Bildung umfasst mehr als das bloße Ansammeln von Wissen und technischem Know-how, das zudem in einer beschleunigten Welt immer rascher veraltet. Bildung muss den ganzen Menschen umfassen und neben Verstand und Vernunft auch die emotionale, ästhetische, ethische und lebenspraktische Seite berücksichtigen. Bildung muss Werte vermitteln.

Recht auf Bildung

Das Recht auf Bildung gehört zu den anerkannten Menschenrechten. Dabei spielt die Familie noch vor Schule und Gesellschaft eine zentrale Rolle. Eltern müssen die Wahlfreiheit haben, wie sie ihre Kinder erziehen und betreuen möchten. Die ÖDP wendet sich dagegen, der Erziehungsleistung der Eltern grundsätzlich zu misstrauen und diese abzuwerten. Neben Schule und Gesellschaft spielen heute Medien und soziale Netzwerke eine bedeutende Rolle. Ein verantwortlicher Umgang mit ihnen muss vermittelt werden.

Der Zugang zu einer guten Schul- und Ausbildung muss allen möglich sein, unabhängig von sozialer Herkunft, finanziellen Möglichkeiten und unterschiedlichen Begabungen. Bildungseinrichtungen (von Kindergärten über Schulen

bis hin zu Hochschulen) sind über öffentliche Mittel zu finanzieren. Auch die Freiheit von Forschung und Lehre muss durch eine ausreichende Finanzierung sichergestellt sein.

Der Einfluss der so genannten Drittmittel muss im Bildungsbereich zurückgedrängt werden, um eine von wirtschaftlichen Interessen unbeeinflusste Meinungsbildung zu ermöglichen.

Bildung braucht Zeit und individuelle Förderung

Zeit ist ein wesentlicher Grundstein und eine elementare Voraussetzung für nachhaltige Bildung in allen Lebensphasen. Über alle Schularten hinweg muss es Möglichkeiten individueller Förderung geben, wo in einem Klima der Ermutigung das grundsätzliche Interesse am Lernen und am Entdecken der Welt gefördert und gestärkt wird. Wir brauchen für unsere Kinder und Heranwachsenden wohnortnahe Schulen mit überschaubaren kleinen Klassen, gut ausgebildete Lehrkräfte und zusätzliches Fachpersonal, damit genügend Zeit ist, hilfsbedürftige Schüler zu unterstützen und leistungsfähige Schüler zusätzlich zu fördern.

Bildung – umfassend und vielseitig

In allen Schularten sollen Fächer und vielfältige Angebote sicherstellen, dass Körper und Geist, musische Veranlagungen und praktische Fähigkeiten gefördert und soziale Kompetenzen erworben werden. Eine Zusammenarbeit mit Institutionen wie z. B. Sportvereinen, Musikschulen und Trägern von Jugendarbeit ist wünschenswert.

Ökologische, kreative und musische Fächer

In allen Schularten soll diesen Bildungsbereichen mehr Zeit eingeräumt werden. Sie fördern die intellektuelle Leistungsfähigkeit und darüber hinaus die Lebensfreude der Kinder. Die Anleitung zu einer gesunden Lebensführung muss in allen Schulen einen höheren Stellenwert erfahren, denn Körper, Geist und Seele bilden eine Einheit.

Ausbildung von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kompetenzen

In Familie und Schule soll sich der Stil des Umgangs abbilden und herausbilden, den wir auch in unserer Gesellschaft insgesamt wünschen. Zu einer umfassenden Schulbildung gehören das Erlernen grundlegender Arbeitsmethoden und der Erwerb guter Sozialkompetenz. Dazu gehört auch die Gewalt-Prävention.



Eine gewaltfreie Haltung gegenseitiger Wertschätzung, ein Bestreben, jedem die Erfüllung seiner Bedürfnisse in einem Rahmen zu ermöglichen, der die Grenzen des anderen in jeder, auch der globalen Dimension achtet, soll eingeübt werden. Die Beziehung der Kinder untereinander soll auf gegenseitiger Unterstützung basieren. Eine umfassende politische Bildung, die zum selbstständigen Urteilen und Handeln befähigt, soll in Schulen, Verbänden und im Elternhaus möglichst sachneutral vermittelt werden. Die (praktische) Geld- und Wirtschaftskompetenz der Schülerinnen und Schüler ist zu stärken.

Aus dem Stamm, der Bindung und der Bildung, erwachsen die Äste unseres Baumes: der Wohlstand ohne Wachstumszwang, die lebendige Demokratie und die soziale Gerechtigkeit.

Grenzenloses Wachstum?

Wohlstand ohne Wachstumszwang

Ein wesentliches Ziel der Politik der ÖDP ist es, die ökologischen und die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Lebens zu erhalten.

Mehr Lebensqualität

Die natürlichen Ressourcen unseres Planeten sind begrenzt. Unser heutiger Wohlstand und Konsum werden mit der Ausbeutung unseres Planeten erkaufte. Dabei machen materielle Dinge die Menschen nur bis zu einem bestimmten Punkt zufriedener. Lebensqualität umfasst mehr als nur materiellen Wohlstand durch ständige Steigerung des Bruttoinlandsproduktes. Zur Lebensqualität gehören neben der Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse auch gelingende soziale Beziehungen, Gesundheit, eine intakte Natur, persönliche Freiheit, Engagement und befriedigende Arbeit, ausreichende Freizeit und eine positive innere Einstellung. Indem wir bewusste Veränderungen im Lebensstil jedes Einzelnen anregen, wollen wir einen Zugewinn an Lebensqualität bewirken.

Die ÖDP bekennt sich in wesentlichen Teilen zu der Idee der Postwachstumsökonomie.

Wirtschaftsform ohne Zwang zu ständigem Wachstum (Postwachstumsökonomie)

Eine solche Lebensqualität können wir nur erreichen, wenn wir in einer Weise wirtschaften, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen schont und den Menschen langfristig eine solide wirtschaftliche und soziale Basis bietet. Ständiges Wirtschaftswachstum führt auf lange Sicht nicht zu mehr Lebensqualität, sondern zu fortschreitender Umweltzerstörung, mehr Leistungsdruck und Stress und zur Belastung menschlicher Beziehungen. Die ÖDP ist der Überzeugung, dass eine solche Wirtschaftsform weder zukunftsfähig noch rational ist. Alle bisherigen ökonomischen Ansätze, Wirtschaftswachstum allein durch technischen Fortschritt zu gestalten (z. B. Green New Deal), haben versagt. Daher fordert die ÖDP eine Wirtschaftsform ohne Zwang zu ständigem Wachstum. Sie bekennt sich in wesentlichen Teilen zu der Idee der Postwachstumsökonomie, die vom Grundsatz „Weniger ist mehr!“ geleitet wird. Wir wollen mit weniger materiel-



lem Aufwand mehr Lebensqualität erreichen. Dazu bedarf es eines grundlegenden Wandels der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das Ziel ist die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks von Personen, Unternehmen und Staaten auf ein global nachhaltiges Niveau.

Gemeinwohlstreben durch Gemeinwohlbilanzen

Wir wollen der Wirtschaft mehr Anreize geben, nach Gemeinwohl und Zusammenarbeit statt nach Gewinn und Konkurrenz zu streben. Unternehmen sollen für gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit belohnt werden. In der Volkswirtschaft soll der Erfolg nicht mehr vorrangig nach dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), sondern nach dem Gemeinwohl-Produkt bemessen werden. Seitens der Unternehmen soll die Gemeinwohl-Bilanz und nicht mehr die Finanzbilanz der maßgebliche Erfolgsindikator sein. Die Gemeinwohl-Bilanz soll zur Hauptbilanz aller Unternehmen werden. Je sozialer, ökologischer, demokratischer und solidarischer Unternehmen agieren und sich organisieren, desto bessere Bilanzergebnisse erzielen sie. Je besser die Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnisse der Unternehmen in einer Volkswirtschaft sind, desto größer ist das Gemeinwohl-Produkt.

Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft

Die ÖDP tritt für die Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft ein. Diese soll jedoch ihren Namen verdienen, also wirklich umweltfreundlich (ökologisch) und menschenfreundlich (sozial) sein. Umweltfreundlich ist eine Wirtschaft, die die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und die begrenzten Ressourcen effizient und sparsam nutzt. Menschenfreundlich ist eine Wirtschaft, die sich nicht eine kurzfristige Wohlstandsmaximierung weniger Menschen als Ziel setzt, sondern eine möglichst hohe Lebensqualität aller Menschen. Die Steigerung der Lebensqualität darf also nicht nur auf Deutschland oder bestimmte Länder beschränkt sein, sondern soll weltweit erfolgen. Auf diese Weise lassen sich wirksam die Ursachen für Armut, Krieg und unfreiwillige Migration bekämpfen. Ebenfalls müssen die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf zukünftige Generationen bedacht werden.

Die ÖDP fordert eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, die von Dezentralität, Subsistenz (Selbstversorgung) und Suffizienz (Befreiung vom Überfluss) geprägt ist. Wir brauchen weitaus mehr lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe

anstelle einer entgrenzten und entfesselten Ökonomie zulasten von Mensch und Natur. Wesentliche Bedürfnisse des täglichen Lebens lassen sich durch regionale Märkte und verkürzte Wertschöpfungsketten nachhaltiger befriedigen.

Arbeit

Der Begriff „Arbeit“ darf nicht nur die Erwerbsarbeit im heutigen Sinne umfassen. Er muss erweitert werden um gesellschaftlich notwendige und wertvolle Tätigkeiten wie häusliche Pflegearbeit oder familiäre Erziehungsarbeit. Diese Arbeitsformen müssen finanziell im gesellschaftlichen Rentenmodell berücksichtigt werden, damit aus diesen Arbeitsleistungen ein angemessener Rentenanspruch entsteht, der eine menschenwürdige Existenz ermöglicht.

Aufgrund der Sättigung der Märkte und der extremen Steigerungen der Arbeitsproduktivität in den letzten Jahrzehnten durch Computer und Automation sind Begriffe wie „Vollbeschäftigung“ und „Recht auf Arbeit“ neu zu definieren und in einen wirtschaftlichen Kontext zu stellen. Es ist nicht sinnvoll, dass die einen Menschen bei der Arbeit in hohem Maße gefordert oder sogar überfordert werden, viele andere Menschen dagegen arbeitslos sind. Ziel muss es sein, dass die gesamte Arbeit so verteilt wird, dass möglichst alle Menschen in das Arbeitsleben eingebunden sind. Dabei soll die Arbeit die Lebensqualität möglichst nicht verringern.

Solch eine angemessene Neustrukturierung der Aufgabenverteilung kann zu einer Erweiterung des zeitlichen Freiraums und damit zu einer Verbesserung der Lebensqualität führen. Eventuell wird zwar das Erwerbseinkommen vermindert, dafür eröffnen sich jedoch die Möglichkeiten für gesellschaftliches Engagement und Selbstversorgung. Dafür steht die ÖDP ein.

Klare wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die ÖDP will unternehmerisches Handeln fördern, jedoch mit der Zielsetzung, weder die Umwelt noch die Menschen zu schädigen. Daher muss der Staat für klare Rahmenbedingungen sorgen. Diese müssen nachvollziehbar sein und langfristige Planungen ermöglichen. Eine zukunftsfähige nachhaltige Wirtschaftsordnung basiert darauf, dass die Staaten und Regionen Europas wieder mehr wirtschaftliche Vollmachten erhalten anstelle einer Verlagerung dieser Kompetenzen an die EU oder die Welthandelsorganisation. Der Prozess der (wirtschaft-



Foto: aslysun/shutterstock.com

lich schädigenden) Deregulierung in allen Bereichen (Welthandel, öffentliche Leistungen, Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge) muss umgekehrt werden. Wir fordern wieder mehr Verantwortung der Parlamente (auch des Europäischen Parlaments) und der Bürgerinnen und Bürger.

Die Wirtschaftspolitik der EU im Rahmen des europäischen Staatenverbundes braucht eine sinnvolle ökologische und soziale marktwirtschaftliche Ordnungspolitik. Dazu gehören wirtschaftliche Instrumente wie Finanztransaktionssteuer, kartellrechtliche Maßnahmen gegen Marktkonzentration und Monopolbildung. Um systemische Risiken im Bankensystem wirksam begrenzen zu können, müssen durchgreifende Bankenaufsichtsregeln eingeführt werden.

Finanzen und Geldwirtschaft

Staatliche Kreditaufnahmen sind grundsätzlich nur dann zu befürworten, wenn sie der nachhaltigen Daseinsvorsorge dienen und sichergestellt ist, dass sie innerhalb einer Generation getilgt werden können. Vorrangig sind die Kredite der öffentlichen Hand zu tilgen. Der Erwerb von Staatsanleihepapieren, auch von der EU, durch die eigenen Bürger soll in seinem Umfang erheblich ausgeweitet und vereinfacht werden. Auf diese Weise soll die Wertschöpfungskette in unsere eigenen regionalen Kreisläufe zurückgeführt und die politisch-wirtschaftliche Abhängigkeit von weltweit tätigen Finanzinvestoren reduziert werden.

Die ÖDP spricht sich für den Erhalt des Euro aus. Wo der Verbleib in der Euro-Zone für ein Mitglied nur unter unzumutbaren Härten möglich ist, sollte dem Mitglied die Rückkehr zu einer eigenen Währung ermöglicht werden, wenn es dies wünscht. Für die Entwicklung stabiler dezentraler Wirtschaftsstrukturen müssen die nationalen Wirtschaftsräume der Eurozone, die sich nach wie vor sehr stark in Tradition, Ressourcen und Produktivität unterscheiden, dort, wo es nötig ist, wieder die Möglichkeit bekommen, die Unterschiede bei grenzüberschreitenden Transaktionen durch Wechselkurse zu neutralisieren.

Steuersystem

Das Steuersystem ist ein entscheidendes Mittel bei der Umsetzung einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft, die ihren Namen verdient. Es muss so gestaltet werden, dass Handeln, das die Umwelt dauerhaft schädigt (z.B. Verbrennung fossiler Brennstoffe, Atomenergie, Chlorchemie), erschwert wird und zukunfts-



Foto: visdla / iStock.com

fähiges Handeln (z.B. regenerative Energien und nachwachsende Rohstoffe, Einsparung von Ressourcen, wirtschaftlich effiziente, innovative Verfahren und Techniken) gefördert wird. Eine Grundabsicherung muss sichergestellt sein. Die Lohnnebenkosten der Arbeitgeber sind zu senken. Die Finanzierung erfolgt durch die schrittweise Besteuerung des Rohstoffverbrauchs. Die Privathaushalte sollen durch eine neu gestaltete sozial und ökologisch differenzierte Mehrwertsteuer entlastet werden.

Die von den Verbraucherinnen und Verbrauchern erbrachte Ökosteuer kann etwa durch eine Pro-Kopf-Umlage („Ökobonus“) ausgeglichen werden – nach dem Grundsatz: Belohnung für die Bürger, die wenig Energie verbrauchen, keine finanziellen Vorteile für die, die sich unökologisch verhalten haben.

Die ÖDP strebt ein gerechtes Steuersystem an, welches zur Finanzierung unseres Gemeinwesens neben der Erwerbsarbeit auch Gewinne auf Kapitaleinkommen, auf Vermögen und auf globale Finanzgeschäfte (Finanztransaktionssteuer) besteuern muss.

Rohstoffe schonen

Die ÖDP ist davon überzeugt, dass wir in einer Zeit, in der die Rohstoffe immer knapper werden („Peak everything“), lokale Energiewende-Initiativen brauchen. Deren Ziel ist es, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken und den ökologischen Fußabdruck stetig zu verkleinern. Wir müssen den Folgen des Überschreitens des Ölfördermaximums („Peak oil“ oder auch „Hubbert’s peak“ genannt) jetzt mit Lösungen begegnen. Moderne Formen der Selbstversorgung sollen gestärkt werden („Transition-Town-Bewegung“). Wir wollen darauf hinwirken, dass langlebige Güter hergestellt werden, deren Wartung und Reparatur lohnt. Ebenfalls halten wir das Tauschen und Teilen für wichtige Bestandteile einer Rohstoffe schonenden Wirtschaft.

Energie- und Ressourcenverbrauch

Die ÖDP fordert eine bessere Nutzung der eingesetzten Energie, ein consequentes Energiesparen. Der verbleibende Energiebedarf soll möglichst zu 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Nur so können wir den Klimawandel stoppen und unsere eigene Energieversorgung für die Zukunft sicherstellen. Als Alternative zu geplanten neuen Stromtrassen braucht unser Land ein konkretes

Konzept für dezentrale, umweltverträgliche und besonders geförderte regionale Energieerzeugung und Speichertechnologien.

Der Ausstieg aus der Atomkraft und der Nutzung fossiler Energieträger muss konsequent und ohne Verzögerung weiter umgesetzt werden. Ein europäischer Vertrag für den europaweiten Ausbau der erneuerbaren Energien soll den bisherigen EURATOM-Vertrag ersetzen. Solange die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle nicht möglich ist, müssen diese an den Standorten der Atomkraftwerke gesichert werden. Die Lagerungs-, Sicherungs- und Haftpflichtkosten sind Betriebskosten der einzelnen Betreiber. Die Kosten der öffentlichen Hand für unnötige Atomtransporte werden so vermieden.

Das Fracking, also die Erdöl- und Erdgasgewinnung aus Schiefergestein mittels Einsatzes von giftigen Chemikalien, ist zu verbieten, weil es eine Gefährdung der Wasserversorgung der Bevölkerung darstellt.

Wasserverbrauch und CO₂-Ausstoß transparent machen

Wasserverbrauch und CO₂-Ausstoß sind weltweit anerkannte Bemessungsgrößen in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Sowohl Wasserverbrauch als auch CO₂-Ausstoß müssen lokal wie global massiv reduziert werden. Als kleinste Berechnungseinheit gilt der Pro-Kopf-CO₂-Abdruck („carbon footprint“) jedes einzelnen Menschen (Pro-Kopf-Verbrauch) sowie der Wasserfußabdruck („waterfootprint“) auch für jedes Produkt und jede Dienstleistung. Auf diesen wissenschaftlichen Grundlagen will die ÖDP Wege gestalten, auf denen die Emissionen pro Kopf auf ein verträgliches Maß reduziert werden können.

Zur Senkung des CO₂-Ausstoßes soll eine Abgabe auf fossile Brennstoffe erhoben werden, die der jeweiligen CO₂-Emission entspricht. Es soll eine stufenweise Erhöhung stattfinden, bis die Emissionen auf ein akzeptables Maß reduziert sind. Die Einnahmen werden wie der Ökobonus gleichmäßig an alle Bürgerinnen und Bürger verteilt ausgezahlt. Dadurch werden regenerative Energien immer preiswerter und lösen die fossilen Brennstoffe ab.

Mobilität nachhaltig und sinnvoll gestalten

Wir brauchen eine nachhaltige Verkehrspolitik, die die Vermeidung von Verkehr zum Ziel hat und weitestgehend ohne fossile Energieträger auskommt. Dabei ist die Elektromobilität zu entwickeln und auszubauen.

Die Steuerpolitik muss auf das Erreichen dieser Ziele hinwirken. Wenn lange Fahrwege unrentabel werden, wird dies zu kürzeren Wegen führen, sei es bei der Herstellung von Gütern, zwischen Wohnung und Arbeitsplatz oder bei der Freizeitgestaltung. Damit geht auch beim Verkehr ein geringerer Ausstoß von Schadstoffen einher.

Zur Schonung von Ressourcen, zur Lärmvermeidung und zur Unfallverhütung fordern wir Tempolimits auf allen Straßen.

Darüber hinaus ist es erforderlich, einen kostengünstigen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu schaffen. Dies soll mittels des Abbaus von wettbewerbsverzerrenden und umweltschädlichen Subventionen sowie mittels einer – möglichst EU-weiten – Mehrwertsteuerbefreiung von Bahn- und Busfahrkarten erreicht werden.

Wir wenden uns gegen den weiteren Aus- und Neubau von Großflughäfen. Die ÖDP fordert ein bundesweites Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr. Wir brauchen zudem eine moderne, alle Lärmquellen umfassende einheitliche Lärmschutzgesetzgebung.

Landwirtschaft – naturverträglich und existenzsichernd

Die ÖDP tritt für eine naturverträgliche Landwirtschaft, für eine naturnahe Forstwirtschaft und für eine artgerechte Tierhaltung ein. Lebensmittel sollen möglichst aus der Region kommen und direkt vermarktet werden. Dadurch werden neue Arbeitsplätze in der Lebensmittelerzeugung geschaffen. Die EU-Agrarsubventionen müssen durch ein einfaches System von Leistungszahlungen ersetzt werden, mit Vorrang für kleinere Flächen („Flächenprämien-System“) und Betriebseinheiten. Die Höhe der Förderung ist nach ökologischen und sozial-gesellschaftlichen Wertkriterien zu ermitteln. Die Wirtschaftlichkeit, insbesondere von landwirtschaftlichen Familienbetrieben, soll durch zusätzliche Absatzmöglichkeiten, z. B. im Bereich der ökologisch sinnvollen Erzeugung nachwachsender Rohstoffe und Energieträger, gestärkt werden, damit die ländlichen sozialen und kulturellen Strukturen überlebensfähig bleiben. Nur so kann dem Höfesterben wirksam Einhalt geboten werden. Deshalb schlägt die ÖDP einen „Existenzsicherungsvertrag auf Gegenseitigkeit“ vor, der einerseits ökologische Bewirtschaftung vorsieht und der bäuerlichen Landwirtschaft andererseits ein sicheres Einkommen und echte Zukunftsaussichten bietet.



Agro-Gentechnik verbieten und Pestizide vermeiden

Die ÖDP wird ihrem Selbstverständnis nach die Artenvielfalt als wesentlichen Teil unserer Lebensgrundlage schützen. Dazu gehört auch die unabdingbare Reinheit des Saatgutes. Der Einsatz gentechnischer Verfahren in Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion ist zu unterbinden. Die ÖDP wird auf ein internationales Abkommen zum Verbot gentechnischer Produktion und gentechnisch veränderter Lebewesen hinarbeiten.

Freisetzungen jeglicher Art von gentechnisch veränderten Lebewesen zu Forschungszwecken sind ebenfalls zu verbieten. Pestizide sind hauptverantwortlich für Schädigung und Tod von Bienen und anderen Nutzinsekten und sind gesetzlich zu verbieten, soweit sie nicht im Öko-Landbau gebräuchlich sind.

Die vollständige, für den Verbraucher verständliche, konsequente Auflistung aller Inhaltsstoffe muss gesetzlich verankert werden.

Eine Gesellschaft braucht Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit ist die Voraussetzung für ein nachhaltiges, stabiles Sozialsystem und ein friedliches Miteinander. Lokal und global strebt die ÖDP Strukturen an, die Mann und Frau, Nord und Süd, Ost und West, Jung und Alt gerecht werden.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen respektiert werden und in Würde leben können. Eine solche Gesellschaft lässt sich nur erreichen, wenn die Interessen des Einzelnen („Ich“) und die Interessen der Gemeinschaft („Wir“), die zueinander in Spannung stehen, gleichermaßen berücksichtigt werden. Sie soll die Bürgerinnen und Bürger dazu einladen, solidarisch in Verantwortung für das Ganze zu handeln, und sie außerdem ermutigen, Eigenverantwortung zu wagen.

Gesellschaft und Staat

Das Verhältnis von Gesellschaft und Staat ist unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips zu gestalten: Übergeordnete Institutionen sollen nur dann Aufgaben und Verantwortungen übernehmen, wenn untergeordnete Zusammenschlüsse oder der Einzelne allein damit grundsätzlich überfordert ist.

Bei dieser Betonung der Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen wie auch der lokalen Gliederungen geht dieses Prinzip für die ÖDP gleichberechtigt mit dem anderen wichtigen Leitbild einher, dem Prinzip der Solidarität. Unsere Gesellschaftsordnung ist daher so zu organisieren, dass Lebensphasen, in denen keine herkömmliche Erwerbsarbeitsleistung möglich ist, wie Kindheit, Ausbildungszeit, Kindererziehung, Krankheit und Alter, nicht zur Verarmung führen. Wir fühlen uns besonders denjenigen Menschen verpflichtet, die von der wachsenden Armut bedroht sind. Das gilt nicht nur für die Bürger in unserem Land, sondern auch für die vielen Bewohner anderer Länder, denen ein menschenwürdiges Leben verwehrt ist.

Mindestlohn

Soziale Gerechtigkeit ist durch eine leistungsgerechte Bezahlung zu erreichen. Leistungsgerechte Entlohnungen dürfen bei Vollzeitarbeit nicht unter der sozia-



len Existenzsicherung liegen. Für Erwerbstätige fordert die ÖDP einen flächendeckenden allgemeinen Mindestlohn, der deutlich über der sozialen Existenzsicherung liegen muss.

Pflegegehalt

Ebenso wie die Erziehungstätigkeiten sind auch die Pflegetätigkeiten insbesondere im Familienbereich als Leistungen für das Allgemeinwohl anzuerkennen. Häusliche Pflegearbeit vermeidet eine teure und oft unerwünschte stationäre Unterbringung. Diese Tätigkeiten sind daher wie herkömmliche Erwerbsarbeit zu behandeln.

Ähnlich dem steuer- und sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehalt fordert die ÖDP ein Pflegegehalt für diejenigen, die Angehörige zu Hause betreuen. Die Gewährung von Pflegegehalt ist abhängig zu machen vom Ausmaß der Pflegebedürftigkeit und vom Pflegeaufwand, nicht aber von der Art der Betreuung (häusliche Betreuung/Heimunterbringung). Die menschliche Belastung der Pflegenden muss stärker berücksichtigt werden. Zuwendung und Pflege kosten Zeit.

Für uns als ÖDP gilt: Kindeswohl und Elternrecht, Erziehungsarbeit und Pflegearbeit bedürfen besonderer Sorgfalt. Sie sollen nicht sachfremden Interessen, auch nicht denen der Wirtschaft, untergeordnet werden. Die Wächterfunktion des Staates muss gewährleistet sein, um Missbrauch vorzubeugen.

Soziale Leistungen für Nicht-Erwerbstätige

Alle Menschen haben ein Recht auf eine Arbeit, die sozial und ökologisch verantwortbar und sinnvoll ist, aber auch eine Pflicht, den ihnen möglichen Teil zum Gemeinwohl beizutragen. Durch eine möglichst gute Bildung sollen alle Menschen in die Lage versetzt werden, eine Arbeit zu finden. Nicht-Erwerbstätige, die ihren eigenen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können, haben einen Anspruch auf soziale Leistungen. Am Sozialstaatsgebot des Artikels 20 des Grundgesetzes darf nicht gerüttelt werden. Die gewährten sozialen Leistungen müssen die Existenz sichern und Ansporn sein für zusätzliches Engagement im beruflichen, familiären, sozialen und ehrenamtlichen Bereich.

Generationengerechtigkeit

Eine entscheidende Herausforderung des Sozialstaates ist die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Das Prinzip Nachhaltigkeit muss wie im ökologischen Bereich auch im Sozialsystem gelten. Das bedeutet: Keine Generation darf von der nachfolgenden mehr zurückfordern, als sie selbst für diese Generation geleistet hat.

Da es heute etwa ein Drittel weniger Kinder gibt als in der Vorgeneration, sind die Erwerbstätigen zunehmend mit der Alterssicherung im bestehenden System überfordert. Das bereitet Abwanderung und Leistungsverweigerung den Weg. Von der „Zwei-Drittel-Generation“ kann fairerweise nur erwartet werden, dass sie etwa zwei Drittel der Alterssicherung der Rentnergeneration übernimmt. Der Rest ist über andere Quellen zu finanzieren. Dazu sind die wegen des Geburtenrückgangs gesparten Kinderkosten zu verwenden. Von wem diese fehlenden Kapitalbeiträge zur Alterssicherung aufzubringen sind, hängt davon ab, in welchem Umfang sich Eltern und Nicht-Eltern vorher an den Kinderkosten finanziell beteiligen.

Behindertengerechte Gesellschaft

Den Menschen mit Behinderungen sollen gleiche Chancen und gleichberechtigte Teilhabe an der Gemeinschaft (= Inklusion) gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention zuteilwerden. Dazu sind ihnen spezielle Fördermaßnahmen zu gewähren. Es ist darauf zu achten, dass alle öffentlichen Verkehrsmittel und öffentlichen Einrichtungen barrierefrei und behindertengerecht sind.

Gesundheit

Gesundheitsfürsorge ist ein Recht der Bürgerinnen und Bürger und keine Ware. Dieses Prinzip will die ÖDP erhalten. Wir wenden uns gegen eine Vermarktung der Gesundheit und der Gesundheitsversorgung durch Gesundheitskonzerne. Die freiberuflich tätigen Ärzte und Apotheker müssen Vertrauenspersonen des Patienten bleiben und auch im ländlichen Bereich gut erreichbar sein. Die möglichst wohnortnahe Krankenhausversorgung ist vorzugsweise in der Hand kommunaler Träger sicherzustellen. Die flächendeckende medizinische Versorgung gesetzlich Versicherter und eine angemessene Bezahlung dafür sind uns ein



Grundanliegen. Auch alternative Heilmethoden sollen in Forschung und Lehre berücksichtigt werden. Ärztliche Beratung (sprechende Medizin) muss wesentlich besser honoriert werden.

Wir wollen ein sozial ausgewogenes, die Eigenverantwortung stärkendes Finanzierungssystem in der Gesundheitsversorgung. Wir fordern eine Strukturierung der Krankenkassen nach einheitlichen Kriterien, mit dem Ziel, das komplizierte und unwirtschaftliche System der Ausgleichszahlungen überflüssig zu machen. Jede Bürgerin und jeder Bürger sollen Mitglied einer Pflichtversicherung sein. Die bisherige Beitragsbemessungsgrenze soll entfallen, was zusammen mit der Berücksichtigung aller Einkommensarten zu einer erheblichen Senkung des Beitragssatzes führt.

Die unabhängige Forschung im Gesundheitsbereich soll erweitert werden hinsichtlich der wissenschaftlichen Untersuchungen von gesundheitsschädlichen Auswirkungen (z.B. Mobilfunk, Elektromog). Gesundheitsschädliche Substanzen (z.B. Tabak, Alkohol) sollen steuerlich entsprechend belastet und nicht öffentlich beworben werden. Wir brauchen einen einheitlichen Nichtraucherschutz in allen Bundesländern.

Sterbebegleitung

Wir streben eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Sterbebegleitung an. Palliativmedizin (Schmerzlinderung) und Hospizdienste sollen unterstützt und weiter ausgebaut werden. Direkte aktive Sterbehilfe lehnen wir ebenso ab wie die künstliche Verlängerung des Sterbeprozesses.

Soziale Gerechtigkeit weltweit

Die Bundesrepublik Deutschland als Teil der industrialisierten Welt trägt in besonderer Weise Mitverantwortung für die sozialen Missstände weltweit, denn der höchste Verbrauch an Ressourcen und viele der gravierendsten Umweltbelastungen für unsere Biosphäre entfallen immer noch auf die Industrieländer. Die ÖDP setzt sich für eine faire Ausgestaltung der Weltwirtschaft ein: Erhöhung wirtschaftlicher Chancen für Entwicklungsländer durch faire Preise für ihre Erzeugnisse, Verringerung von Armut durch Entschuldung, Vergabe von Entwicklungshilfe unabhängig von exportwirtschaftlichen Sachzwängen.



Foto: Mirezi/fotolia.de

Die ÖDP unterstützt die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, die Implementierung klarer Richtlinien für globalen Handel („Fair Trade“) und die Initiierung eines „Global Marshall Plans“, um die Lebensqualität aller Menschen zu sichern.

Die historische Schuld des Kolonialismus liegt in der Ausbeutung und Zerstörung ehemals intakter Gemeinwesen, die bis heute nachwirken. In diesem historischen Kontext drängen wir auf einen Schuldenschnitt für die ärmsten Länder der Welt, damit ihre wirtschaftliche und staatliche Entwicklung Anschluss finden kann an die Entwicklung anderer Staaten. Mit einem solchen Schuldenschnitt muss die Bekämpfung von Korruption, die jede wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung lähmt, einhergehen.

Wir wollen mittels internationaler Abkommen und unter Einbindung von UN und WTO über Sozial-, Bildungs- und Altersvorsorgestandards das Sozialstaatsprinzip weltweit voranbringen, weil dadurch auch ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Bevölkerungswachstums geleistet wird.

Menschenwürde, Menschenrechte

Lebendige Demokratie

Die ÖDP bekennt sich klar zur Demokratie, zu Menschenwürde und Menschenrechten, zum Frieden, zur Sozialstaatlichkeit und zu den ökologischen Grundsätzen. Die ÖDP sagt Nein zu rücksichtslosem Materialismus, zu Ausbeutung von Mensch und Umwelt, zu Fremdenfeindlichkeit und nationalistischem Gedankengut.

Bekennnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat

Wir bekennen uns entschieden zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassungen der Länder vorgeben.

Das Grundgesetz setzt auf Demokratie, auf den bestimmenden Einfluss durch Bürgerinnen und Bürger. Dies hat den Menschen in Deutschland ein Maß an Freiheit, Rechtssicherheit und Gestaltungsmöglichkeit gegeben, das nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Die ÖDP stellt sich jeglichen politischen Kräften entgegen, die diese freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage stellen oder gefährden.

Unabhängige Politik bei der Mandatsausübung

Die Beeinflussung der Mandatsträger durch Lobbyvertretungen stellt eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar. Sie führt dazu, dass die Interessen einzelner Wirtschaftszweige oder Konzerne über das Gemeinwohl gestellt werden. Dies schadet nicht nur der Demokratie, sondern letztendlich auch der Wirtschaft, weil die Aufrechterhaltung veralteter Strukturen gefördert und die Durchsetzung zukunftsweisender Innovationen verhindert werden.

Wir sind davon überzeugt, dass den Entscheidungsgremien unserer parlamentarischen Demokratie die höchstmögliche Unabhängigkeit zugesichert werden muss. Dies bedeutet Unabhängigkeit von Parlament und Abgeordneten, Aufhebung des Fraktionszwanges, strikte Trennung von politischem Mandat und wirtschaftlichen Interessen- und Lobbyvertretungen, keine Gleichzeitigkeit von politischem Mandat und Entscheidungs- oder Aufsichtsratsmandat in Unternehmen (außer bei kommunalen Mandatsträgern in kommunalen Eigenbetrieben).



Foto: Günther Hartmann

Die ÖDP fordert ein Verbot von Parteispenden und Partesponsoring durch Unternehmen und juristische Personen (Großorganisationen), ebenso eine Spendenbegrenzung für natürliche Personen.

Transparenz und direkte Demokratie

Möglichst alle politischen Entscheidungen sollen für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein. Die ÖDP versucht, durch konsequente Weiterentwicklung von Grundgesetz und Landesverfassung hin zu direkter Demokratie auf allen Ebenen bei wesentlichen Entscheidungen die Demokratie zu stärken. Dies setzt die Transparenz staatlichen Handelns, staatlicher Entscheidungen und öffentlichen Verwaltens voraus. Eine solche Transparenz soll durch umfassende Informationspflicht behördlicher Stellen und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. Nur das umfassende demokratische Selbstbestimmungs- und Mitwirkungsrecht aller Bürgerinnen und Bürger garantiert ein demokratisches Gemeinwesen und motiviert zur aktiven Teilnahme. Die ÖDP fordert die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei „Kommunalen Bürgerhaushalten“. Die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheiden auf allen politischen Ebenen unter praktikablen Bedingungen zu weitgehend allen Themen ist gesetzlich zu verankern.

Direktwahlen auf allen Ebenen einführen

Die Bürgerinnen und Bürger sind stärker an wichtigen personellen Entscheidungen in der Politik zu beteiligen. Die ÖDP fordert die Direktwahl folgender Ämter: EU-Kommissionspräsident, Bundespräsident, Landrat und Bürgermeister. Verbunden damit muss eine Neuordnung der Aufgaben- und Kompetenzverteilung erfolgen.

Städte und Gemeinden als Basis der Demokratie

In der Kommune als politischer Basis unserer Gesellschaft können die Menschen an Entscheidungen viel umfassender und konkreter beteiligt werden. Wir setzen uns ein für die kommunale Selbstverwaltung, für eine umfassende demokratische Bürgerbeteiligung und für die Umsetzung des Konnexitätsprinzips, d.h. Bund und Länder müssen für die finanziellen Folgen ihrer Entscheidungen

selbst aufkommen. Dabei müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, im Rahmen ihrer Selbstverwaltung alle ihre wesentlichen Aufgaben ohne Einschränkungen durchführen zu können (Subsidiaritätsprinzip).

Wahlrecht reformieren

Die ÖDP setzt sich für ein aktives Wahlrecht ab 14 Jahren ein, wobei das Wahlrecht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres auf Antrag gewährt wird. Auf diese Weise wollen wir bewirken, dass Jugendliche möglichst frühzeitig mit wesentlichen politischen Vorgängen wie Wahlen vertraut werden und ihre Anliegen verstärkt Gehör finden.

Die ÖDP fordert die Beendigung der undemokratischen politischen Benachteiligung kleiner und neuer Parteien durch Abschaffung der Sperrklausel – wie bereits erfolgreich bei Europa- und Kommunalwahlen praktiziert – auf allen Ebenen. Die derzeit geltende 5 %-Klausel im Wahlrecht in Bund und Ländern führt dazu, dass ein Scheitern an der 5 %-Hürde die dieser Partei zustehenden Mandate den anderen Parteien einfach zuschlägt. Solange die 5 %-Klausel noch besteht, fordern wir die Einführung des Alternativwahlsystems. Beim Alternativwahlsystem legt der Wähler durch Nummerierung der Parteien auf dem Stimmzettel fest, in welcher Reihenfolge seine Stimme weitergegeben werden soll, falls die vom ihm bevorzugte Partei an der 5 %-Hürde scheitert.

Politische Kultur

Die Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich stärker in den politischen Parteien zu engagieren, um gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der parlamentarischen Demokratie zu fördern. Wir wollen die politische Kultur in Deutschland attraktiver gestalten und verbessern. Wir wollen sachorientierten Umgang in Parlament und Medien, ehrlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und innerparteiliche Beteiligung der Mitglieder.

Keine Privatisierung hoheitlicher Aufgaben

Wir lehnen jegliche Privatisierung hoheitlicher Staatsaufgaben (z.B. Behörden, Sicherheitsorgane, Verfassungen von Gesetzesentwürfen, Gerichte) und wesentlicher Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge (z.B. Wasserversorgung) ab, weil die

Ausführung hoheitlicher Aufgaben durch Privatfirmen Demokratie, Rechtsstaat und freiheitlich-demokratische Grundordnung verletzen würde.

Für Innere Sicherheit sorgen

Die ÖDP tritt für umfassende Maßnahmen zur Prävention und Ursachenbekämpfung von Straftaten ein, ohne die direkte Verbrechensbekämpfung zu vernachlässigen. Politischer Extremismus aller Art muss bekämpft werden. Wir wollen weiterhin einen Verzicht auf rohe Gewaltdarstellung in den Medien, auch im Internet.

Internet und Persönlichkeitsschutz

Das Internet wird von der ÖDP als Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung befürwortet und soll vor staatlicher Zensur geschützt werden. Ohne Frage sollen jedoch sämtliche Rechtssätze und Spielregeln, die unser tägliches Leben ordnen, auch im virtuellen Umgang miteinander Geltung haben. Überall dort, wo Regelungen nicht ohne Weiteres auf das Internet angewandt werden können, brauchen wir ein einheitliches Internetrecht, durch das die bereits geltenden Rechtssätze ohne Zweifel auf das Internet übertragen werden. Was im richtigen Leben gilt, gilt auch im virtuellen Raum. Die ÖDP befürwortet einen angemessenen Schutz von Urheberrechten im Internet unter Berücksichtigung des Verbraucherschutzes. Geistiges und materielles Eigentum sind gleichzusetzen.

Der Umgang mit persönlichen Daten muss gesetzlich geregelt und mit Umsicht restriktiv gehandhabt werden. Diese Restriktivität muss bei staatlichen Institutionen wie auch bei Behörden oder der Privatwirtschaft Anwendung finden. Ausnahmen sind nur in sehr engen Grenzen zuzulassen. Betroffene sind in angemessener Zeit von Erhebung und Verwendung ihrer persönlichen Daten zu unterrichten.

Medien

Die Meinungsfreiheit ist für die ÖDP ein hohes Gut. Um Einseitigkeit und Manipulation zu verhindern, muss die Pluralität in der Medienwelt gewahrt bleiben, indem auf kartellrechtlicher Grundlage branchenspezifische Regelungen geschaffen werden, um allzu großen Medienkonzentrationen vorbeugend begegnen zu können.



Kunst, Kultur und Sport

Wir wollen das reiche kulturelle Erbe unseres Landes bewahren, das geprägt ist durch die Vielfalt seiner Bundesländer und Regionen. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst und zur Förderung von Kultur und Sport als wichtige Investition in unsere Gesellschaft auch in finanziell schwierigen Zeiten. Wir schätzen das ehrenamtliche Engagement der Menschen.

Demokratie und Integration

Die ÖDP stellt sich der Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Wir fordern für Deutschland:

- eine weltoffene Gesellschaft, in der die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger eingebunden werden in die demokratischen Prozesse unseres Landes.
- eine Gesellschaft, in der ihr Beitrag gewürdigt wird.
- eine Gesellschaft, in der die Menschen alle notwendige Unterstützung erhalten, um sich in die Gemeinschaft und in ihr Wertesystem integrieren zu können.

Die ÖDP steht für gegenseitigen Respekt. Die Gewährung von Asyl ist ein unverzichtbarer Akt der Menschlichkeit. Flüchtlinge und Asylsuchende sind gemäß der Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention aufzunehmen. Die rechtlichen Möglichkeiten, sich im Inland mit eigener Arbeit ernähren zu können, sind auszubauen. Der Familiennachzug für Flüchtlinge ist als Bestandteil der Integration zu ermöglichen.

Europa

Nach vielen Kriegen zwischen den Völkern Europas ist die Europäische Union im Aufbruch zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Demokratie. Die kulturellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Eigenarten der einzelnen Regionen der Europäischen Union sollen respektiert und gefördert werden können. Die ÖDP befürwortet und unterstützt die Entwicklung der Europäischen Union von einer bloßen Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einem Staatenverbund freier, sich vorrangig selbst regierender Völker unter der Voraussetzung, dass stets eine vom

Volk ausgehende Legitimation und Einflussnahme auch innerhalb dieses Staatenverbunds gesichert bleiben.

EU-Verfassung und -Verträge

Dem bisherigen Entwurf einer europäischen Verfassung und dem daraus abgeleiteten Reformvertrag von Lissabon mangelt es an rechtlicher und demokratischer Basis, denn eine EU-Verfassung muss durch einen EU-weiten Volksentscheid, bei dem jede Nation über die EU-Verfassung abstimmt, legitimiert werden. Die ÖDP fordert dazu einen demokratisch legitimierten Verfassungskonvent, denn die Menschen der Europäischen Union haben eine gute, demokratisch entschiedene und zukunftsweisende Verfassung verdient.

Europäisches Parlament

Die demokratische Legitimation der Entscheidungsmacht des Europaparlaments ist zu stärken durch die gleiche Gewichtung der Stimmen aller EU-Bürger. Das EU-Parlament muss in allen Sachgebieten die Entscheidungen treffen, die einem Parlament in einem demokratischen Land zustehen. Der Ministerrat soll nur die Kompetenzen einer zweiten Kammer bekommen. Die Kommission soll als „Regierung“ vom EU-Parlament gewählt werden und nur die Aufgaben einer Regierung erhalten.

Wir von der ÖDP wollen die Bildung transnationaler europäischer Parteien, Listen oder Wählergemeinschaften als europäische Wählervertretungen im EU-Parlament fördern.

Deutschland in der „einen Welt“

Die ÖDP tritt für eine aktive und kreative Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Welt im Rahmen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der UN-Charta ein. Die Aufgabe der Friedenswahrung obliegt den in der UNO verbundenen Völkern. Deutschland wird darauf hinwirken, dass die in der UNO vereinigte Völkergemeinschaft im Rahmen der UN-Charta handelt.

Deutschland hat für das friedliche Zusammenleben aller Völker einzutreten. Nur eine aktive Friedens- und Gerechtigkeitspolitik kann die Basis sein, um große Teile der Menschheit vor der Verelendung zu bewahren und eine umfassend



lebensfreundliche Entwicklung in der Welt zu verwirklichen. Die ÖDP ist für friedliche Bündnisse, die gemeinsamen Aufgaben dienen, wie der Erhaltung der Umwelt oder der Einhaltung der Menschenrechte. Deutschland darf staatliche Souveränitätsrechte nur in dem Maße abgeben, wie dies für die Erreichung solcher Ziele erforderlich ist.

Partnerschaftliche Ziele in der „einen Welt“

Gleichrangige Ziele von Außenpolitik und partnerschaftlicher internationaler Zusammenarbeit sollen sein:

- die friedliche Konfliktlösung, Konfliktvorbeugung und – als letztes Mittel – die Herstellung des Friedens mit einem möglichst geringen militärischen Aufwand im Rahmen der UN;
- die Wahrung der Menschenrechte und die Herbeiführung eines hohen Maßes an Wohlfahrt und Gerechtigkeit in allen Ländern der Erde;
- die weltweite und solidarische humanitäre Hilfe in Krisen- und Katastrophensituationen;
- die Erhaltung der biologischen Vielfalt und des Naturerbes der Welt;
- die schnellstmögliche Erreichung der von den Vereinten Nationen gesetzten Millenniumsziele;
- die weltweite Ächtung von Minen;
- die schrittweise Abrüstung aller Mächte in Bezug auf jedwede Waffensysteme;
- der drastische Abbau und die Begrenzung von Rüstungsexporten: Unter strikter Einhaltung der international gültigen menschenrechtlichen Standards dürfen Rüstungsexporte generell nur noch in Mitgliedsländer der EU und der NATO erfolgen.

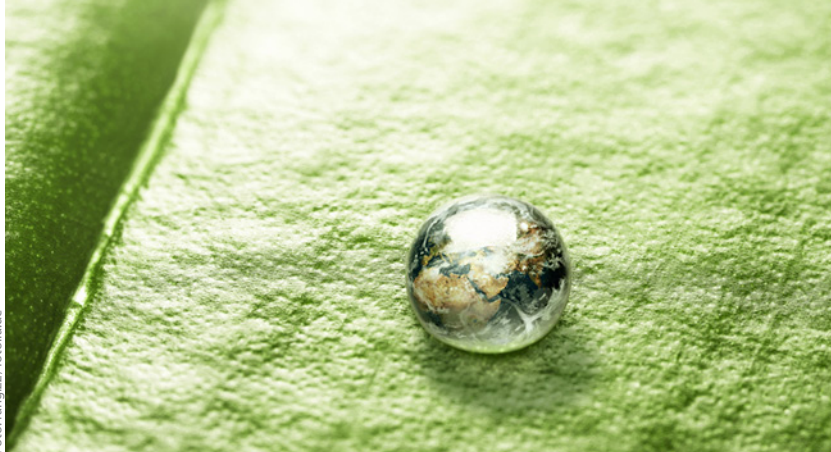
Die NATO hat sich als Verteidigungsbündnis bewährt und stabilisierend auf Europa und Nordamerika ausgewirkt. Der Auftrag der NATO muss auf die Verteidigung innerhalb des NATO-Vertragsgebietes begrenzt bleiben; keinesfalls dürfen Kriege um Rohstoffe oder zur Sicherung von Handelswegen geführt werden. Die NATO kann nicht die UN ersetzen. EU und NATO sollen bei der Koordination von Sicherheitsfragen weiterhin eng zusammenarbeiten.

Dranbleiben – aktiv werden

Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten

Die Politik der ÖDP soll dazu beitragen, dass die Erde ein vielfältiger Lebensraum für alle Lebewesen ist und bleibt. Aus der Achtung vor dem Leben heraus suchen wir die natürlichen Lebensräume der Lebewesen zu schützen und den Tieren, unseren Mitgeschöpfen, eine gute Behandlung zukommen zu lassen. Wir wollen eine Gesellschaft fördern, in der Kinder willkommen sind und in den ersten Jahren familiäre Geborgenheit erfahren. Wir messen der Bildung großen Wert bei, weil sie die Grundlage für eine stabile Wirtschaft und Gesellschaft ist. Wir möchten eine Wirtschaft, in der nicht ständiges Wachstum und Gewinnmaximierung das Ziel sind, sondern eine möglichst hohe Lebensqualität aller Menschen. Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft. Wir streben eine Landwirtschaft an, die den Landwirten nicht nur ein ausreichendes Auskommen sichert, sondern auch Produkte von hoher Qualität hervorbringt und dem Umweltschutz verpflichtet ist. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Interessen des Einzelnen wie auch der Gemeinschaft in gleichem Maße berücksichtigt werden. Jeder Mensch soll seine Begabungen entfalten können, dabei jedoch das Gemeinwohl im Blick haben. Wir setzen uns für eine saubere und lebendige Demokratie ein, und zwar auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Die ÖDP wendet sich gegen Nationalismus und befürwortet die Einbettung Deutschlands in Staatenverbände wie die EU. Letztendlich muss die Politik aber im Blick haben, dass wir alle Bürgerinnen und Bürger einer Erde sind.

Wir sind uns bewusst, dass wir unsere Ziele alleine nicht durchsetzen können. Daher setzen wir auf die Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Verbänden, deren Ziele den unseren ähnlich sind. Dabei setzen wir eine eindeutig demokratische Gesinnung voraus.



Einmischen und mitmachen

Eine lebendige Demokratie lebt davon, dass sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen. Wenn Ihnen unsere Ziele zusagen, dann laden wir Sie herzlich ein, uns zu unterstützen und Mitglied zu werden. Jedes Mitglied, gleich ob passiv oder aktiv, stärkt uns und trägt dazu bei, dass unsere Stimme in der Gesellschaft Gewicht erhält.

Wir leben unsere Politik!

Jede Vision muss mit Leben gefüllt werden. Deshalb leben wir das, was wir sagen, und sagen das, was wir leben.

- *Freiwilliger Verzicht auf Konzernspenden*
- *Ehrenkodex der Mandatsträger*
- *Familiengerechte Mitarbeiterlöhne*
- *Transparente direktdemokratische Mitwirkungsmöglichkeiten*
- *Urabstimmungen über wichtige Themen*
- *Nachhaltige Medienproduktion auf chlorfreien Recyclingpapieren*
- *CO₂-neutrale Partei*



Foto: Martin Eichler

Unsere Erfolge:

- ✓ Erfolgreiches Volksbegehren zum **Nichtraucherschutz!**
- ✓ **5%-Hürde** bei der EU-Wahl abgeschafft!
- ✓ **Geheimpolitik** in kommunalen GmbHs verhindert!
- ✓ **Bayerischen Senat** abgeschafft und jährlich 8 Mio. Euro Steuergelder eingespart!
- ✓ **Wahl-O-Mat** mit allen Parteien durchgesetzt!
- ✓ Fünf **Atomkraft-Standorte** gestrichen!
- ✓ **Büchergeld und Studiengebühren** in Bayern mit abgeschafft!
- ✓ **5%-Hürde** bei der Kommunalwahl NRW abgeschafft!

Impressum:

Herausgeber: Ökologisch-Demokratische Partei, Pommergasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 / 40486 - 0 Fax: - 29, E-Mail: info@oedp.de; www.oedp.de

Druck: Rothe Druck und Medien GmbH & CO. KG, Max-Emanuel-Str. 8, 94036 Passau

Layout: Grafikstudio Art und Weise, Lappersdorf, heike.brückner@grafikstudio-auw.de

Das Grundsatzprogramm wurde beschlossen auf dem Bundesparteitag am 04./05. Mai 2013 in Coburg und redaktionell bearbeitet vom Bundeshauptausschuss am 23. Juni 2013 in Würzburg.

BEITRITTSANTRAG



Ökologisch-Demokratische Partei

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- Aktives Mitglied
- Schnuppermitglied
- Förderndes Mitglied

X _____
Name

X _____
Vorname

X _____
Straße / Nr.

Kreis

X _____
PLZ / Ort

Tel. / Fax

Handy

E-Mail

Beruf

X _____
Geburtsdag

Der Beitritt wurde mir empfohlen von:

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den satzungsgemäßen

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
- Familienbeitrag von 7,00 pro Monat
(bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat
(gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 12 Euro / Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von _____ Euro.

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:

- jährliche
- halbjährliche Abbuchung

Kontoinhaber/in:

Konto Nr.:

BLZ:

Bank:

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, Scientology und ein Eintreten für die „Neue Germanische Medizin“.

X _____
Datum, Unterschrift:

- Ich möchte als Frau **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Frauen“ sein.
- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein.
(nur Personen unter 32 Jahren)

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Pommerngasse 1
97070 Würzburg

Tel. 0931/40486-0 | Fax 0931/40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de

Da wir keine Firmenspenden annehmen, sind für uns Privatspenden besonders wichtig. Wir freuen uns über Ihre finanzielle Zuwendung. Unsere Bankverbindung lautet:
KtoNr. 981 52 00
BLZ 700 205 00
Bank für Sozialwirtschaft

www.oedp.de info@oedp.de

Ökologisch-Demokratische Partei | Pommergasse 1 | 97070 Würzburg

